



# Update aus Berlin

Oktober '22 (II)

Mi, 02/11/16:30:

Die SPD, die Ampel und die  
Zeitenwende  
mit Rolf Mützenich



**NEUES**  
aus dem Bundestag

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

hinter mir liegt eine ereignisreiche Sitzungswoche mit zahlreichen gesetzlichen Vorhaben, die der Bundestag beraten und beschlossen hat. Die Ampel tut alles dafür, um die hohen Energiepreise abzufedern. Uns als SPD-Bundestagsfraktion kommt es vor allem darauf an, diejenigen zu entlasten, die es am dringendsten brauchen: Geringverdiener:innen, Rentner:innen, Familien, Alleinerziehende, Azubis und Studierende.

Diese Woche haben wir große finanzielle Entlastungen beschlossen: die Zahlung einer **Energiepreispauschale für Rentner:innen** sowie einen weiteren Heizkostenzuschuss. Den ersten Heizkostenzuschuss gab es im Frühjahr. Mit mindestens 415 Euro wird der **Heizkostenzuschuss II** die Mehrkosten in der anstehenden Kälteperiode für Wohngeldbezieher:innen bestmöglich abfedern. Niemand soll Angst haben müssen, seine Heizkosten nicht bezahlen zu können! Am Donnerstag hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine **Regierungserklärung zum Europäischen Rat** im Bundestag abgegeben. Auch auf europäischer Ebene dominieren die Themen Ukraine und Energie. In der Ukraine führt Russland seinen völkerrechtswidrigen Krieg unvermindert fort. Die Raketenangriffe auf ukrainische Städte sowie die jüngste Teilmobilisierung zeigen, dass Putin stark unter Druck steht. Zugleich verdeutlichen sie aber auch: Moskau ist gewillt, den Krieg weiter zu eskalieren. Darauf müssen Deutschland und seine internationalen Partner klug und besonnen reagieren. Und genau das haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten getan. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und unterstützen das Land humanitär, finanziell und militärisch. Vergangene Woche erst hat die Ukraine von Deutschland ein hochmodernes Luftabwehrsystem erhalten. Auf EU-Ebene haben wir außerdem eine neue Mission ins Leben gerufen, durch die künftig ukrainische Soldat:innen in der EU ausgebildet werden.

Natürlich gab es in der vergangenen Woche aber auch viele andere Themen - welche genau, erfahrt ihr wie immer in diesem Update!

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



## Inhalt

**Podiumsdiskussion der "Repräsentanz Transparenter Gebäudehüllen". >>>**  
**Podiumsdiskussion "Ein Winter voller Probleme – wo unterstützt der Bund die Kommunen?". >>>** **AG Kommunalpolitik: Umsetzung der Wohngeldreform. >>>**  
**Regierungserklärung Olaf Scholz zum europäischen Rat. >>>** **Heizkostenzuschuss II. >>>** **Einladung: Rolf Mützenich zu Gast im Kreis Warendorf. >>>** **Was sonst noch passiert ist.**

## Startpunkt Sanierungswelle: Baubranche zwischen Krisen und Chancen



Diese Woche war ich auf Einladung der **Repräsentanz Transparente Gebäudehülle** bei einer Podiumsdiskussion zur Gebäudeeffizienz. Dabei ging es auch um den Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft. Das packen wir mit dem **Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts**, das heute in erster Lesung im Plenum beraten wird, an. Mit diesem Gesetz wollen wir Menschen, die langjährig geduldet sind und ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben, eine aufenthaltsrechtliche Perspektive eröffnen. Sie sollen ein einjähriges Chancen-Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland gelebt haben, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen und nicht straffällig geworden sind. Ausgeschlossen bleiben Personen, die ihre Abschiebung aufgrund von wiederholten, vorsätzlichen und eigenen Falschangaben oder aktiver Identitätstäuschung verhindern. Arbeitgeber:innen, die Geduldete ausbilden oder beschäftigen – Bäcker:innen, Schuster:innen, Fleischer:innen –, bekommen endlich die Sicherheit, dass ihre Leute nicht quasi von der Werkbank weg abgeschoben werden. Es wäre nicht sinnvoll, wenn wir gut integrierte Menschen in ihr Heimatland zurückschicken würden, um dann mühsam die hier dringend benötigten Arbeitskräfte auch für die Bauwirtschaft im Ausland anzuwerben.



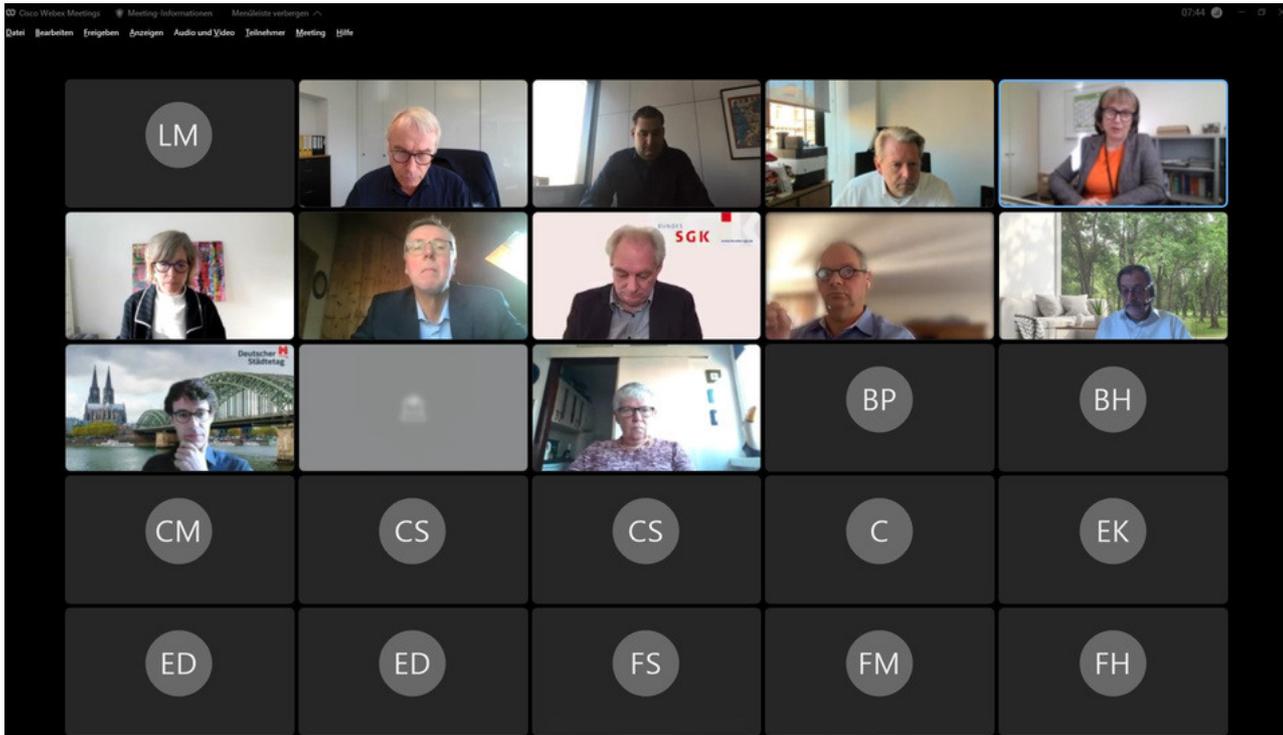
## Podiumsdiskussion "Ein Winter voller Probleme – wo unterstützt der Bund die Kommunen?"



Unsere Kommunen resilient und zukunftssicher machen – das war das Thema der Diskussionsrunde, an der ich am Mittwoch auf Einladung von Behörden Spiegel teilgenommen habe. Mit den Bundestagskollegen und dem Chefredakteur Uwe Proll haben wir diskutiert, wie der Bund die Kommunen bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen unterstützen kann und muss. Ein wichtiges Thema dabei war **die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine**. Bundesministerin Nancy Faeser hat am 12. Oktober die kommunalen Spitzenverbände eingeladen, um über die aktuellen Probleme und mögliche Lösungen zu sprechen. Neben den bereits bereitgestellten Unterbringungsmöglichkeiten für mehr als 64.000 Menschen in Bundesimmobilien hat die Bundesregierung den Kommunen in 56 weiteren Immobilien Wohnraum für etwa 4.000 Menschen angeboten. Dabei handelt es sich beispielsweise um Kasernen oder leerstehende Bundesverwaltungsgebäude.

Ein weiterer Punkt war **die Lösung der Altschuldenproblematik**. Gefordert ist nun die CDU-geführte Landesregierung in NRW, endlich einen eigenen Beitrag zur Entschuldung zu präsentieren. Zugleich muss die Union im Bund, ihre Blockadehaltung im Bundestag und Bundestrat gegen einen einmaligen Beitrag des Bundes zur Entschuldung der betroffenen Kommunen aufgeben.

## AG Kommunalpolitik: Umsetzung der Wohngeldreform



Auf großes Interesse stieß die Sitzung der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema **Novelle des Wohngeldes**. Damit wollen wir die Zahl der Wohngeldempfänger und die Höhe der Wohngeldleistungen deutlich ausweiten und sowohl eine Heizkostenkomponente als auch eine Klimakomponente einführen. Es handelt sich um die größte Wohngeldreform der letzten Jahrzehnte und ist eine wirksame Hilfe für Menschen mit geringerem Einkommen.

Gleichzeitig ist die Reform eine eminente Herausforderung für die kommunalen Wohngeldstellen, die darüber besorgt sind, bei der geplanten Verdreifachung der Anspruchsberechtigten mit dem Inkrafttreten der Wohngeldreform ab dem 1.1.2023, mit der Bearbeitung der Anträge überfordert zu werden. Die Wohngeldreform muss für die kommunalen Wohngeldstellen umsetzbar sein. Deswegen setzen wir uns als SPD-Bundestagsfraktion unter anderem für die praxistaugliche Vereinfachung ein, sodass die Anträge schnell geprüft werden können. Der Gesetzesentwurf befindet sich im parlamentarischen Verfahren, die öffentliche Anhörung dazu findet am 7. November statt. Die Sorgen der Kommunen haben wir uns gestern zum Anlass genommen, um über die Umsetzung der Wohngeld-Reform zu diskutieren. Mit dabei waren **Julia Hügel**, Referentin im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, **Sebastian Klöppel**, Referent für Wohnungswesen beim Deutschen Städtetag und **Brian Nickholz, MdB**, zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion.

## **Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz am 20. Oktober: Bewährungsproben als europäische Einheit meistern**

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die dadurch entstehende Energiekrise. Das sind aktuell wohl die zwei größten Herausforderungen für Gesellschaft und Politik. Sei es die Familie, die sich angesichts steigender Preise große Sorgen vor dem Winter macht, seien es die Unternehmen, die versuchen Energie einzusparen, wo es nur möglich ist, sei es die Bundesregierung, oder sei es der Europäische Rat, der am 20. Und 21. Oktober genau zu diesen Themen in Brüssel tagt. So waren es auch diese beiden Themen, die die Regierungserklärung von Olaf Scholz am Donnerstagmorgen prägten, bevor er nach Brüssel aufbrach.

„Die Ukraine, Deutschland und Europa werden gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervorgehen, geeinter und unabhängiger als je zuvor!“ Für seine abschließenden Worte erntet der Bundeskanzler anhaltenden Applaus aus dem Plenum.

Bewährungsprobe - der Begriff zieht sich wie ein roter Faden durch seine Rede und wirkt angesichts der aktuellen welt- und europapolitischen Herausforderungen fast wie eine Bagatellisierung. Und doch hat er Recht damit: Waren die Werte der europäischen Union lange nahezu in Vergessenheit geraten, zeigt sich angesichts des Krieges und der Krisenlage, dass sie nicht nur wichtiger denn je sind, sondern maßgebende Notwendigkeit, ja geradezu überlebenswichtig für die europäische Einheit.

Während Putin auf europäische Schwäche spekuliert, stehen weltweite Allianzen zusammen, sind stark und lebendig wie nie – „Putin hat sich verrechnet“, macht Scholz deutlich. Nicht nur, was die Kriegsführung gegen eine widerstandsfähige Ukraine angeht, die auf deutsche und internationale Unterstützung setzen kann. Auch, was seinen Versuch angeht, Europa und die Welt zu erpressen.

Zu erpressen mit fossilen und begrenzten Ressourcen, dem Gas, von dem wir so lang abhängig waren. Diese Abhängigkeit gehört der Vergangenheit an, ist sich der Bundeskanzler sicher. Während die Sanktionen gegen Russland weiter erhöht werden, füllen sich die Gasspeicher aus alternativen Mitteln, werden Entlastungspakete geschnürt, Gaspreisbremsen auf den Weg gebracht und erneuerbare Energien ausgebaut. Deutschland kommt sicher durch den Winter, das ist schon jetzt klar. Und Deutschland wird unabhängig von den endlichen Ressourcen unzuverlässiger Partner, bei weiterer Verfolgung der Klimaziele. Das, so erklärt Scholz, ist der Plan für eine greifbare Zukunft.

Dafür benötigt es eine enge europäische Zusammenarbeit und zielorientierte Arbeitsteilung. Die europäischen Werte – aktueller denn je.

Europa steht zusammen. Zur Unterstützung der Ukraine, für die Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung heute und in Zukunft. Daran lässt Olaf Scholz mit seiner Regierungserklärung keinen Zweifel. Und das wird auch die Marschrichtung des Europäischen Rates sein – geeint und gestärkt für jede Bewährungsprobe.

## Weiterer Heizkostenzuschuss kommt: 415 Euro für eine Person

Um jetzt schnell zu helfen, sollen Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger für die Heizperiode von September bis Dezember 2022 einmalig einen zweiten Heizkostenzuschuss erhalten: Für eine Person sind 415 Euro, für zwei Personen 540 Euro und für jede weitere Person zusätzliche 100 Euro geplant. Zuschussberechtigte Azubis, Schülerinnen und Schüler und Studierende erhalten jeweils einen Heizkostenzuschuss in Höhe von 345 Euro.

Damit ergänzt die Bundesregierung den Heizkostenzuschuss I und trägt den steigenden Preisen Rechnung. Diesen ersten, einmaligen Zuschuss erhalten seit Juli 2022 insgesamt 2,1 Millionen Menschen. Er beträgt mindestens 270 Euro für Wohngeld-Haushalte und 230 Euro für Auszubildende und Studierende im BAföG-Bezug. Dafür stellt der Bund rund 380 Millionen Euro zur Verfügung.

Angesichts der ungewissen Zeiten, die auf uns zukommen, ein richtiges und wichtiges Signal. Wir lassen die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, nicht im Stich! Dennoch steht der Zuschuss auch in der Kritik. Denn er erreicht leider noch nicht diejenigen, die ab 2023 von der Wohngeldreform profitieren, sondern eben „nur“ die aktuellen EmpfängerInnen. Gleichzeitig wird es natürlich noch etwas dauern, bis alle 640.000 WohngeldempfängerInnen, sowie die Studierenden und Azubis, den Zuschuss erhalten. So etwas geht nicht von heute auf morgen. Ihr könnt aber sicher sein, dass der schnellstmögliche Weg gewählt werden wird.

Ich bin überzeugt davon, dass diese und unkomplizierte Hilfe dennoch eine spürbare Entlastung für viele Haushalte darstellen wird.



## **Die SPD, die Ampel und die Zeitenwende – was jetzt zu tun ist mit Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag**

Gemeinsam mit der SPD im Kreis Warendorf lade ich Euch herzlich zum Gespräch mit Rolf Mützenich ein:

**Am Mittwoch, den 02. November 2022 um 16:30 Uhr  
im Hotel Waldmutter, Hardt 6, 48324 Sendenhorst**

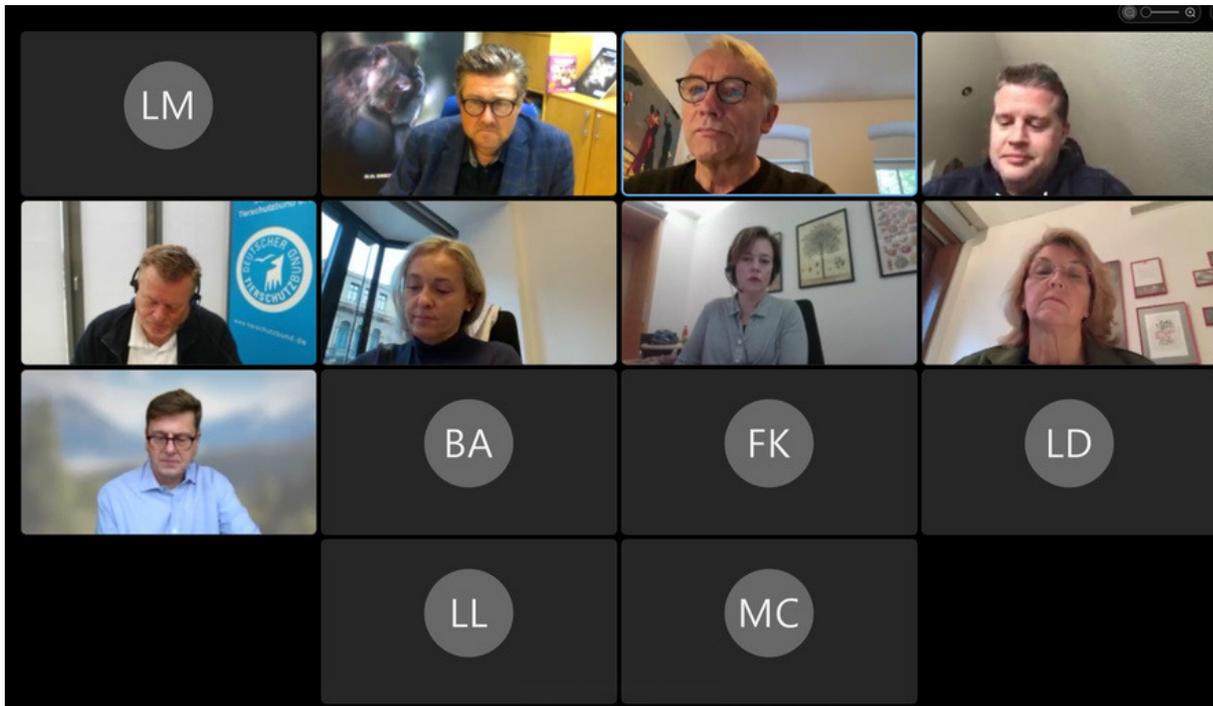


„Die SPD, die Ampel und die Zeitenwende“ – Noch kein ganzes Jahr ist die neue Bundesregierung im Amt. Von Beginn an galt es, multiple Krisen und Veränderungsprozesse zu bewältigen: Krieg, Klimawandel, Energiekrise und Pandemie sind nur einige Beispiele für die Herausforderungen unserer Zeit, die wir alle zu spüren bekommen. Die SPD im Kreis Warendorf lädt ein zum Gespräch mit einem, der in Berlin maßgeblich die Krisenbewältigung mitgestaltet: Rolf Mützenich, der Vorsitzende der „Kanzlerfraktion“ ist exklusiv zu Gast im Kreis Warendorf! Er berichtet hautnah von seinen eigenen Erfahrungen im politischen Berlin, erklärt, was jetzt getan werden muss und ist bereit für Ihre und Eure Fragen! Wir freuen uns auf einen spannenden politischen Nachmittag!

Um Anmeldung wird gebeten:

**Einfach per Mail an [KV.Warendorf@SPD.de](mailto:KV.Warendorf@SPD.de) - für Kaffee und Kaltgetränke ist gesorgt!**

## Was sonst noch passiert ist...



**An der Seite der Tierheime.** Die multiplen Krisen bringen Tierheime in Deutschland an ihre Grenzen. Zu den Herausforderungen gehören gestiegene Energiekosten, die Personalkosten, die durch die Einführung des Mindestlohns in vielen Einrichtungen weiter steigen werden, die Mehrbelastung durch Abgabetiery und die an die Inflation angepassten Gebühren der Tierärzte. Deswegen haben sich die zuständigen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion mit den Repräsentanten des Deutschen Tierschutzbundes und des Deutschen Städte- und Gemeindebund in einer Videoschle getroffen, um zu schauen, wie die betroffenen Tierheime entlastet werden können. Denn die Finanzierung der Tierheime ist auch eine Aufgabe der Kommunen, die gewährleisten müssen, dass ausgesetzte oder beschlagnahmte Tiere betreut werden. Dafür gibt es die Fundtieryerträge. Die Abrechnungsmodelle sind unterschiedlich, es gibt Pauschal- und Einzelabrechnungen. Nichtsdestotrotz müssen viele Tierheime noch Spendengelder zuschießen, damit die Tiere gut versorgt sind. Und die Spendenbereitschaft bröckelt. Das stellt die betroffenen Tierheime vor existentielle Probleme. Der Bund hat ein Zuschussprogramm in Höhe von fünf Millionen Euro für Tierheime auf den Weg gebracht. Wenn wir sagen: „**Wir lassen niemanden allein**“, gilt das nicht nur für unsere Sporthallen, sondern und vor allem auch für lebende Wesen wie Hunde und Katzen.